

Ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit vor Ort durch hauptamtliche Koordination und Organisation unterstützen!

Bündnis 90 / Die Grünen Niedersachsen fordert eine flächendeckende Förderung des bürgerschaftlichen Engagements für geflüchtete Menschen. Der Betrag von 1,5 Millionen Euro, der im Jahr 2016 zur Verfügung gestellt wurde, muss für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 deutlich erhöht werden.

Dringend geboten ist der Ausbau hauptamtlicher Unterstützung bei der Koordination und Organisation ehrenamtlicher Aktivitäten vor Ort. Ehrenamtsnetzwerke und -initiativen müssen die Möglichkeit haben, hauptamtliche Koordinierungsbüros einzurichten. Deshalb müssen die bereitgestellten Fördermittel explizit auch die Förderung von Personalkosten ermöglichen (sozialversicherungspflichtige Stellen, Honorare, Aufwandsentschädigungen).

Des Weiteren muss die Förderung von Sachkosten flexibilisiert werden (keine Einschränkung auf bestimmte Handlungsfelder, keine Förderung durch Sachmittel wie z.B. Deutschbücher).

Besonders wichtig ist uns, dass Fördermittel dort ankommen, wo die Detailkoordination und -organisation des bürgerschaftlichen Engagements für geflüchtete Menschen de facto geleistet wird: in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, in den Bezirken und Stadtteilen von Großstädten sowie bei den Ehrenamtsnetzwerken und -initiativen vor Ort. Daher muss gewährleistet werden, dass:

- Ehrenamtsnetzwerke und -initiativen direkten Zugriff auf die Fördermittel erhalten (Antragsrecht für Ehrenamtsinitiativen)
- kreisangehörige Stadt- und Gemeindeverwaltungen direkten Zugriff auf die Fördermittel erhalten (Weiterleitungspflicht für Kreisverwaltungen).

Um die Ehrenamtsnetzwerke und -initiativen zu entlasten und das Zusammenspiel mit hauptamtlichen Akteur*innen zu verbessern, setzt sich Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen dafür ein, die personelle Ausstattung von Kommunalverwaltungen, Flüchtlingsunterkünften und der Flüchtlingssozialarbeit weiter zu verbessern.